Haushaltsüberschuss
Die Geschichte vom Regenten von Elbflorenz » Seite 3

Stadtentwicklung
Neustädter Markt unter Denkmalschutz » Seite 5

Soziale Gerechtigkeit
Lebensverhältnisse in den verschiedenen Stadtteilen » Seite 7

Ausgabe 05

»Dresden braucht eine Strategie gegen soziale Spaltung.« Tilo Kießling

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

August/September 2021

Den Sommer vor Augen

Die Fraktion DIE LINKE verabschiedet sich in die Sommerpause. Was sie zuvor auf den Weg gebracht hat, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Besser authentisch

Wenn Inszenierung und eigentliche Intention auseinanderfallen, verliert Politik Vertrauen.

Die Hochwasserereignisse Mitte Juli waren nicht nur für viele Menschen eine persönliche Tragödie, sie waren auch ein Lehrstück in der politischen Öffentlichkeitsarbeit. Da zieht der NRW-Ministerpräsident die Gummistiefel an, sagt, hier gehe es nicht um Pressebilder, und lässt sich gleichsam an Ort und Stelle von der Bild interviewen, drängt bei der Klimawende verbal aufs Tempo, wo er sich tags zuvor noch öffentlich über die Dringlichkeit beim Thema Klimawandel wunderte.

Der SPD-Kanzlerkandidat wählt den groben Wanderschuh und versichert, nicht als Wahlkämpfer, sondern als Vizekanzler vor Ort zu sein, verspricht viel Geld für öffentliche Aufbauhilfe, wo er über Jahre der harte Hüter der schwarzen Null war. Und die grüne Kanzlerkandidatin verzichtet bewusst auf den Hinweis auf den Klimawandel als Ursache für vermehrte Unwetterlagen, um sich nicht Naseweisheit unterstellen zu lassen.

Dass viele Menschen die Kluft zwischen Inszenierung und hintergründigen Beweggründen spüren, ist wenig verwunderlich. Politik gewinnt Vertrauen, wenn sie hier möglichst keine Differenzen zulässt, wenn Inszenierung und Intention übereinstimmen und nicht heute gilt, was gestern noch undenkbar schien.

Auf kommunalpolitischer Ebene versuchen wir genau dies – wenn wir für Impfgerechtigkeit streiten, wenn wir der Obdachlosigkeit den Kampf ansagen, nicht aber den Obdachlosen, wenn wir unser schon lange erklärtes Ziel der Einrichtung eines Nachtbürgermeisters oder einer Nachtbürgermeisterin konsequent verfolgen, weil wir wissen, dass diese Stadt auch nachts liebenswert, aber nicht immer konfliktfrei ist. *Thomas Feske*

DRESDNER VERKEHRSBETRIEBE

Massive Einschnitte?

Kürzlich wurde durch die Lokalmedien öffentlich, dass bei den Dresdner Verkehrsbetrieben massive Einschnitte in Form von Kürzungen im Liniennetz, Reduzierungen beim Angebot, Personalabbau und Preiserhöhungen drohen. Ein guter ÖPNV ist wichtig für ökologische und bezahlbare Mobilität für alle. Aus diesem Grund brachte die Fraktion DIE LINKE das Thema mit einem Antrag in den Stadtrat. Sie will Kürzungen bei Bus und Bahn verhindern – stattdessen muss unsere DVB gefördert und gestärkt werden.

Konkret fordert DIE LINKE, dass an allen Beschlüssen zum Erhalt und zum weiteren Ausbau des ÖPNV in Dresden festgehalten wird. Weder beim Leistungsangebot, noch am Personal oder beim Streckennetz darf gespart werden. Außerdem möchte die DIE LINKE, dass die erforderlichen Zuschüsse von mindestens 65 Millionen Euro in die künftigen Haushaltsentwürfe der Landeshauptstadt eingeplant werden. » Seite 4

SOZIALLEISTUNGS-RECHNER

Der digitale Überblick

Das Wort »Digitalisierung« ist spätestens seit Corona in aller Munde – was die Beantragung von Sozialleistungen betrifft, sind wir in Dresden aber noch traditionell bei Stift und Papier. Mit einer Stadtratsinitiative will die Fraktion DIE LINKE neben der Zettel-Variante Verfahren digitalisieren und so das ganze Antragsprozedere vereinfachen, indem Anträge direkt am Computer ausgefüllt und die notwendigen Nachweise hochgeladen werden können. Beginnend mit dem Antrag auf Wohngeld sollen weitere Formulare zur Beantragung von sozialen Leistungen folgen.

Um überhaupt eine Einschätzung zu haben, auf welche Leistungen ein Anspruch besteht, fordert DIE LINKE darüber hinaus, einen Sozialleistungsrechner auf den Internetseiten der Stadt einrichten. Dieser Sozialleistungsrechner soll mit wenigen Angaben zur eigenen Einkommens- und Wohnsituation anzeigen, auf welche Leistungen ein Anspruch bestehen könnte. Neben den Leistungen nach Bundes- oder Landesrecht sollen auch freiwillige Leistungen der Landeshauptstadt Dresden aufgelistet werden, wie beispielsweise der Dresden-Pass und das damit verbundene günstige Sozialticket für die Dresdner Verkehrsbetriebe.

Wohngeld, Kinderzuschlag, Leistungen für Bildung und Teilhabe – das Sozialgesetz ist kompliziert und viele Leistungen sind weitgehend unbekannt. Zahlreiche Menschen wissen gar nicht, dass sie einen gesetzlichen Anspruch auf eine oder mehrere dieser Leistungen haben. Dabei sind diese oft ganz entscheidend, um den eigenen Lebensunterhalt sichern zu können. Um hier den Überblick zu erleichtern, soll der Sozialleistungsrechner eben diese möglichen Ansprüche auflisten und im besten Fall gleich noch eine virtuelle Verbindung zum digitalen Antrag und der zuständigen Behörde herstellen. *Pia Barkow*

Sozialleistungsanträge künftig digital einreichen, fordert DIE LINKE.

»Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose!«

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt Rica Gottwald und ihre Jugendweihegruppe bei einer Petition zur Schaffung Hilfsangeboten für Obdachlose. Wir sprachen mit der ehemaligen Stadträtin.

Rica, wie entstand die Idee der Petition?

Zu Beginn eines neuen Schuljahres startet beim Projekt Jugendweihe des »Roten Baumes« eine sehr spannende Zeit. Junge Menschen, alle circa 14 Jahre, aus unterschiedlichsten Stadtteilen und Schulen, bereiten sich mit unserer Hilfe auf das Erwachsenwerden, auf ihre Jugendweihe, vor. Das diesjährige Motto lautete »Das gute Leben«. Wir fragten uns, was das »Gute Leben« wohl ist. Jeder Mensch versteht darunter unterschiedliche Dinge. Aber, und da waren wir uns sehr schnell einig: Dieses gute Leben gelingt ganz sicher nicht, wenn es nur mir selbst gut geht. Ungerechtigkeiten fanden alle ziemlich mies, aber leider gibt es derer viel zu viel. Und schnell war allen klar, dass es nicht reicht, Zustände nur zu beklagen und zu hoffen, dass es sicher jemanden geben wird, der sich darum kümmert. Wir wollten gemeinsam aktiv werden. Am drängendsten fanden wir, gerade während der Corona-Pandemie, bei der alle dazu aufgerufen wurden, solidarisch zu sein und zu Hause zu bleiben, obdachlosen Menschen zu helfen.

Wo siehst du beim Thema Obdachlosigkeit konkret Handlungsbedarf in Dresden?

Zuerst muss ganz dringend klargestellt werden, dass es richtig und wichtig ist, die Obdachlosigkeit zu bekämpfen, nicht aber die Menschen in dieser Notlage.

Wir haben uns, bevor es zur Petition kam, sehr intensiv mit dem Thema befasst. Wir haben uns mit Menschen getroffen, die schon in dem Bereich tätig sind, wie der Treberhilfe oder Bettellobby. Und plötzlich hatten wir viele Ideen, die zum Teil auch schon in anderen Städten erfolgreich praktiziert werden. Wir erkannten, dass nachhaltig etwas gegen Obdachlosigkeit zu tun, sehr lange dauern kann und leider auch dauern wird. Deshalb haben wir zwischen sofort umzusetzenden Handlungen und solchen, die gut vorbereitet auch schnell begonnen werden müssen, aber erst später wirken, differenziert. Und es war uns auch klar, dass individuelle Hilfe nett ist, aber hier grundlegende systemische Änderungen notwendig sind. Dafür müssen wir die Politiker:innen und die Menschen ansprechen und in die Pflicht nehmen.

»Seht die Ungerechtigkeiten! Seid nicht zufrieden und empört euch!«

Rica Gottwald

Was hast du dir im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Petition seitens des Stadtrats und der Verwaltung gewünscht?

Eigentlich wollten wir ja, dass der Stadtrat sich ohne Petition um die Belange kümmert. Wir wollten gern, dass eine Fraktion unsere Wünsche aufnimmt. Leider erkannten wir, dass die politischen Mehrheitsverhältnisse so kompliziert sind, dass das keine Aussicht auf Erfolg gab. Es wäre super, wenn nicht nach Gründen gesucht wird, warum man selbst nicht handelt, sondern bei solchen menschlichen Tragödien jede:r helfen will. Auch Gesetze können falsch sein. Dann müssen sie geändert werden.

Welchen Beitrag leistest du als Privatperson bereits jetzt zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit?

Als Lehrerin mache ich meine Haltung deutlich und versuche Schüler:innen und Kolleg:innen zu sensibilisieren Darüber hinaus engagiere ich mich bei der Partei DIE LINKE und arbeite mit Jugendweihlingen. Als Stadträtin habe ich mich damals stark gemacht, die Straßenschule zu retten. Und natürlich gebe ich auch ab und zu mein Kleingeld an diese Menschen, oder Leergut. Aber das hilft nur punktuell und kurzweilig.

Die Fragen stellte Jana Neveling

Der Regent von Elbflorenz und das prall gefüllte Stadtsäckel

LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach sorgte mit einer launigen Rede für Erheiterung im Rathaus. Der »wackere Wirtz« spielte darin ebenso eine Rolle wie der »zockende Zaster«. Wir dokumentieren die Rede.

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hatte der Stadtrat über die Verwendung von 109 Millionen Euro zu entscheiden. Diese Summe »fand« Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) vor einigen Wochen überraschend, nachdem er dem Stadtrat kurz zuvor umfangreiche Kürzungen vorgeschlagen hatte.

»Es war im Jahr 2021 und das Frühjahr hatte begonnen. Da begab sich Folgendes: In dem kurzen Zeitraum zwischen zwei sogenannten Dienstreisen spazierte der Regent von Elbflorenz durch sein Rathaus. Er trug ein sommerlich-kariertes Sakko in sandorange und war zufrieden mit sich. Doch was war das?! Seine Augen erblickten das Stadtsäckel. Es war prall gefüllt! Wie konnte das sein? Er selbst hatte doch erst vor wenigen Monaten – als der Rat der Stadt darüber befand, wofür Geld ausgebeben werden sollte – die finanzielle Lage in düsteren Farben gemalt. Und jetzt das. Ausgerechnet jetzt, wo er das Sachsenbad verkaufen wollte. Denn jeder anständige FDP-Politiker musste einmal im Leben öffentliches Eigentum privatisiert haben. Doch die Sterne standen nicht gut. Was waren das noch für Zeiten gewesen, als internationalen Finanzinvestoren mit wohlklingenden Namen ganze Wohnungsbestände auf dem Silbertablett dargeboten wurden. Heute musste man als FDP-Politiker froh sein, den Verkauf eines alten Schwimmbads durchsetzen zu können. Und selbst dagegen wurde noch frech aufbegehrt.

Aber diese Trophäe neoliberaler Politik wollte sich der Regent von Elbflorenz nicht mehr nehmen lassen. Deshalb verschwieg er dem Rat der Stadt einfach seine Entdeckung vom prall gefüllten Stadtsäckel. Nicht, dass da noch jemand auf dumme Gedanken kommt. Er hatte ohnehin gerade Wichtigeres zu tun. Die Vergütungen der Aufsichtsräte bedurften dringend der Erhöhung. Die Wartehäuschen an den Straßenbahnhaltestellen mussten endlich abgerissen werden. Darauf wartete das Volk schließlich seit Jahren. Gleich neben dem Rathaus sollte ein neuer Verwaltungspalast entstehen. Es gab auf absehbare Zeit keine Baustelle in ganz Elbflorenz, in die mehr städtisches Geld fließen würde. Man musste schließlich Prioritäten setzen. Eigentlich sollte der Palast auch einen hohen Turm erhalten. Schließlich unterstreicht jeder anständige Regent, der etwas auf sich hält, die eigene Bedeutung mit einem solchen Phallus der Macht. Man konnte von dort übrigens auch hübsch auf das Volk herabblicken. Doch dieses Vorhaben hatte ihm der wackere Wirtz versaut. Der war allen Ernstes der Meinung, dass die Altstadt von Elbflorenz bereits eine recht ansehnliche Silhouette habe und nicht irgendwann so aussehen solle, wie jene von Frankfurt am Main.

Der verhinderte Turmbau grämte den Regenten von Elbflorenz gar sehr. Bevor ihm der Rat nun erneut in die Suppe spuckte, verplante er den 109-Millionen-Euro-Schatz lieber gleich selbst. Für den sozialen Wohnungsbau gab es in seinem Dekret vorsichtshalber keinen Taler. Denn das hätte den getreuen Haus- und Grundbesitzern gewiss nicht geschmeckt. Über den Klimaschutz sprach er zwar in wohlklingenden Worten, aber beim Geld hörte der Spaß auf. Da könnte ja jeder kommen. Und so kam es, dass sich unter den Räten eine Mehrheit fand, die ihrerseits befand, dass es so nicht ginge. Selbst ein Parteifreund des Regenten, der zockende Zaster, opponierte. So weit war es also gekommen. Diese Mehrheit nahm die Sache nun selbst in die Hand. Sie widerrief Kürzungen bei Kunst und Kultur, investierte in den sozialen Wohnungsbau und stärkte den Klimaschutz.

»Über Klimaschutz sprach er zwar in wohlklingenden Worten, aber beim Geld hörte der Spaß auf.«

Die Repräsentanten des Volkes hatten sich erdreistet, auf offener Bühne den vermeintlich genialen Plan des Regenten zu korrigieren. Hierüber war der Regent gar nicht erfreut. Früher hatte er der Sitzung des Rates einen Besuch auf dem Weinfest oder auch die Eröffnung des Weihnachtsmarktes vorgezogen. Vergnüglicher war das allemal.

Heute zog es ihn eilig auf Schloss Eckberg. Dort gab es wenigstens keine Widerworte.« *Die Redaktion*

KLUBKULTUR

Nachtbürgermeister:in für Dresden

Mit einer Nachtbürgermeister:in stärken wir die Dresdner Klubkultur.

Dresdens Nachtleben muss sich vor den Angeboten anderer europäischer Großstädte nicht verstecken. Das Nachtleben ist wichtig für die Kultur, Wirtschaft und die Attraktivität der Stadt. Klubkultur bekommt aber noch nicht die Anerkennung, die nötig ist, um auf Augenhöhe mit Verwaltung und Politik zu sprechen. Deswegen hat die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit der SPD und den Grünen einen Antrag zur Konzeptionierung einer sogenannten Nachtbürgermeister:in eingebracht.

Diese:r soll eine Brücke in verschiedene Richtungen schlagen und die Bedingungen der Branche verbessern. Zu den konkreten Aufgaben einer Nachtbürgermeister:in gehört unter anderem die Vernetzung und Repräsentation der Dresdner Nachtkultur und Nachtökonomie und die Mediation bei Beschwerdelagen, Lautstärke, Menschenansammlungen (zum Beispiel: Louisenstraße Ecke Görlitzer Straße) oder Bebauungsvorhaben. Darüber hinaus hat ein:e Nachtbürgermeister:in die Schnittstellenarbeit zur Tourismusbranche, Stadtmarketing, kommunalen Kulturverbänden, Anwohnerinitiativen, Stadtverwaltung, Sicherheitsbehörden sowie anverwandten Branchen wie Getränkeindustrie, Werbeindustrie, Verkehrsbetriebe, Verbände und Vereine etc. zu leisten. Dazu kommt unter dem Eindruck der Pandemie-Situation ein stark gestiegener Beratungsbedarf bezüglich geeigneter Konzepten hinsichtlich Hygiene, Gesundheit und Wirtschaftlichkeit.

Andere Großstädte im In- und Ausland haben sehr gute Erfahrungen mit so einer Netzwerkstelle gemacht. Die Dresdner Stadtverwaltung soll bei Beschluss des Stadtrates die besonderen Bedarfe des Dresdner Nachtlebens bedenken und daraus ein Konzept für die Einrichtung erstellen, dass dann erprobt werden kann.

Magnus Hecht

Unsere DVB stärken!

Laut einem Gutachten drohen bei der DVB Reduzierungen beim Angebot, Personalabbau, Preiserhöhungen sowie Kürzungen im Liniennetz. Stadtrat *Jens Matthis* analysiert in einer Stadtratsrede Entwicklung der Dresdner Verkehrsbetriebe.

»Wissen Sie noch, was ein einfacher Fahrschein für Bus oder Straßenbahn 2004 gekostet hat? Es waren 1,60 Euro, 2019 waren es 2,40 Euro (2020: 2,50 Euro). In 15 Jahren ist der Preis also um genau 50 Prozent gestiegen. Noch etwas stärker ist in diesem Zeitraum der Preis für eine Abo-Monatskarte gestiegen, nämlich um 53 Prozent.

Nun kann man sagen: Preise steigen, Löhne steigen, eine gewisse Inflation gehört nun einmal dazu. Aber Achtung: Die Durchschnittslöhne sind währenddessen nur um 37 Prozent gestiegen. Straßenbahnfahren ist also nicht nur gefühlt, sondern auch im Verhältnis zum Einkommen teurer geworden, allerdings nur für den Fahrgast. Für die Stadt ist es in der gleichen Zeit viel billiger geworden. 2004 waren es 55 Millionen Euro Zuschuss an die DVB, 2019 nur noch 42 Millionen Euro. Allerdings ist die Dresdner Bevölkerung gewachsen, sodass der Zuschuss pro Dresdner Kopf von 112,24 Euro auf nur noch 75,50 Euro, also um ein Drittel sank. Man muss noch wissen, dass die DVB in dieser Zeit gewachsen sind: Mit mehr Beschäftigten, mit mehr und besseren Fahrzeugen wurden wesentlich mehr Fahrgäste befördert, 2004 waren es 138 Millionen, 2019 dagegen 164 Millionen, also circa 19 Prozent mehr. Der Zuschuss pro Bahn- oder Busfahrt ist also sogar von 40 Cent auf 25 Cent gesunken.

Wie ist zu erklären, dass die Fahrpreise überproportional gestiegen, der Zuschuss aber gegen den Trend gesunken ist? Dahinter verbirgt sich eine Strategie mit dem Namen »Nutzerfinanzierter ÖPNV«. Obwohl diese niemals öffentlich diskutiert und in keinem demokratischen Gremium jemals beschlossen wurde, war sie seit den frühen 2000er Jahren bundesweit handlungsleitend für die öffentlichen Verkehrsunternehmen und Zweckverbände, wann immer es um die »Anpassung« der Tarife ging.

Ein guter ÖPNV ist wichtig für ökologische und bezahlbare Mobilität für alle. Also: Keine Kürzungen bei unserer DVB!

»Was Dresden braucht, ist eine Diskussion über eine zeitgemäße Verkehrspolitik.«

Es wurden also nicht etwa nur gestiegene Dieselpreise und wachsende Lohnkosten für die Beschäftigten ausgeglichen, sondern die Kosten des ÖPNV wurden peu à peu von der öffentlichen Hand auf die Fahrgäste verlagert, ganz im Zeichen des neoliberalen Glaubens an den »Markt«. Heute wissen (fast) alle, dass diese Strategie völlig untauglich ist, wenn man in der Verkehrspolitik die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen will. Im Gegenteil: Die öffentliche Hand muss überproportional in neue Strecken, größere Fahrzeuge, Elektrifizierung der Busflotte, Fachkräfte und nicht zuletzt in attraktive Tarife investieren, die mehr Menschen davon überzeugen, ihr Auto öfter stehen zu lassen und stattdessen mit Bus oder Bahn zu fahren.

In Sachsen gibt es ab August für Kinder- und Jugendliche ein Monats-Abo für 15 Euro (Bildungsticket). Das ist ein guter Anfang. Dass es noch besser geht, zeigt Berlin, wo der Nahverkehr für Kinder und Jugendliche bereits kostenlos ist. Was Dresden jetzt braucht, ist eine Diskussion über eine zeitgemäße Nahverkehrspolitik, über notwendige neue Trassen, über den richtigen Weg zur Elektrifizierung der Busflotte (Hybrid-Oberleitungsbusse vs. reiner Batteriebetrieb) und über das dafür notwendige Geld. 65 Millionen Euro städtischer Zuschuss für die DVB sind keineswegs unverschämt, sondern das absolute Minimum. Und damit wird noch nicht einmal das in letzten 15 Jahren entstandene Missverhältnis ausgeglichen.«

Krisenkosten
Wer nicht dafür zahlen darf
» Seite 2

Acht Punkte
Was uns wichtig ist
» Seite 4

Wahlalter Null
Bedarf Mitbestimmung einer Bedingung?
» Seite 7

Ausgabe 05

»Krisengewinner nicht beschenken, sondern zur Kasse bitten!«

Katja Kipping

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
August/September 2021

Das Land gerechter machen!

Wie und wo man mit der LINKEN darüber ins Gespräch kommen kann.
» Seite 8

Es geht um viel!

Bundestagswahl 2021: Soziale Gerechtigkeit ist wählbar.

Bei dieser Bundestagswahl entscheidet sich: Wer zahlt die Kosten der Corona-Krise? Wirtschaft und Gesellschaft müssen umgebaut werden, um das Klima zu retten – auf wessen Rücken? Wessen Leben wird leichter, wer wird es schwerer haben?

DIE LINKE tritt an, damit sich niemand zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel entscheiden muss. Wir wissen: Ein krisenfestes Gesundheitssystem, das alle gleich gut versorgt und Pflegekräften nicht unmenschliche Arbeitsbedingungen zumutet: Das geht. Löhne, von denen alle leben können und niemand Angst vor Altersarmut haben muss: Das geht. Ein Sozialstaat, der alle sicher vor Armut schützt und gute Bildung, Kita-Plätze für alle, bezahlbare Wohnungen, kostenfreien Nahverkehr mit gutem Netz bereitstellt: Das geht. Wenn alle ihren gerechten Beitrag leisten. Die Superreichen sind in der Corona-Krise reicher geworden, während viele Beschäftigte mit Kurzarbeit kaum über die Runden gekommen sind.

Darum geht es bei dieser Wahl. Dafür kommt es auf eine starke LINKE an. In unserem Programm zeigen wir, welche Vorschläge wir haben. Wir laden dazu ein, an der Veränderung mitzuwirken. Und es ist ein Versprechen: DIE LINKE macht den Unterschied. Wir haben den Mut, die notwendigen Veränderungen zu wagen. Für mehr Gerechtigkeit, für Frieden und eine sichere Zukunft.

Es geht um die Verwirklichung der sozialen und demokratischen Grundrechte und der Menschenwürde aller. Es geht um alle Menschen, um ihre Träume und ihr Recht auf ein gutes Leben, um die Verwirklichung des alten Menschheitstraums einer Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, für den so viele gekämpft haben und kämpfen.

Es wird Zeit für eine bessere Politik. Es ist Zeit für soziale Gerechtigkeit. Jetzt! *Die Redaktion*

EDITORIAL

Entscheidungshilfe

Auf den folgenden Seiten dieser Zeitung findet sich alles, was man wissen muss. Nun ja – nicht ganz – aber jedenfalls alles, um sich bei der Bundestagswahl für DIE LINKE zu entscheiden. Mit beiden Stimmen und gutem Gewissen, diese Stimmen für soziale Gerechtigkeit und Frieden eingesetzt zu haben. Wir stellen unsere beiden Dresdner Direktkandidat:innen vor, geben einen zusammenfassenden Einblick in unser Wahlprogramm und informieren über unsere Termine im Wahlkampf. Mithilfe ist in diesem übrigens ebenso herzlich willkommen, wie Interesse an uns und unserem Programm. Mit Katja Kipping schicken wir im Wahlkreis 159 eine ausgewiesene Sozialpolitikerin ins Rennen, die sich seit vielen Jahren im Bundestag für soziale Rechte stark macht. Erstmals für ein Mandat im deutschen Parlament tritt Silvio Lang im Wahlkreis 159 an. Also: Herzlich willkommen bei unseren Veranstaltungen – und wenn die Zeitung ausgelesen ist, darf sie natürlich gern weitergereicht werden! *Uwe Schaarschmidt*

Ein Maserati für jeden Reichen

Das Märchen von der Geldvermehrung.

Milliardäre beschenken, die ihre Beschäftigten bis zum Umfallen rackern lassen – das darf so nicht weitergehen!

Keine Steuererhöhungen, keine neuen Schulden – einfach aus der Krise herauswachsen – das klingt zu schön um wahr zu sein. Und es ist auch nicht wahr, die Folge wären harte Einschnitte für die Vielen. Besser ist eine verkraftbare Abgabe für die Wenigen.

Es klingt sagenhaft und erinnert an den Zaubertopf aus dem Märchen vom süßen Brei, der auf Befehl immer neue Nahrung produziert. Doch im Jahr 2021 in Deutschland geht es nicht um die unendliche Vermehrung einer Süßspeise, sondern um die wundersame Vermehrung von Geld. Die Rede ist nicht von Grimms Märchenwelt, sondern von einem zentralen Wahlkampfversprechen von Union und FDP: Es soll keine Steuererhöhungen und möglichst bald auch keine neuen Schulden geben. Landauf, landab wird dieses Versprechen verkündet.

Wenn in der Politik Steuersenkungen versprochen und Steuererhöhungen ausgeschlossen werden, lohnt es sich, genauer hinzuschauen, wer wirklich davon profitiert. Nehmen wir beispielsweise den Soli. Seit Januar 2021 müssen nur noch die obersten zehn Prozent der Einkommenshierarchie diesen Zuschlag bezahlen. Doch FDP und Union wollen ihn auch für die Reichsten abschaffen. Der Multimillionär Joseph Rick sagte dazu einst: »Das bedeutet für mich und für andere meiner Einkommensklasse, dass wir vom Staat einen Maserati im Wert von 90.000 Euro auf den Hof gestellt bekommen, und das finde ich persönlich natürlich sehr nett, aber gesellschaftlich völlig unangemessen.« Das Deutsche Institut der Wirtschaft (DIW) hat errechnet, dass die Abschaffung des Solis jährliche Steuergeschenke von insgesamt zehn Milliarden an die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung bedeutet.

Mitte entlasten statt Obere verwöhnen!

Das Deutsche Institut der Wirtschaft hat die Einkommenssteuermodelle der Parteien verglichen und ermittelt, wer wie stark entlastet wird. Dabei kam heraus, dass die FDP vor allem jene mit einem sehr hohen Einkommen entlasten will. Wer also ein hohes Jahreseinkommen von 150.000 Euro oder mehr hat, bekäme nach den Plänen der FDP demnächst pro Jahr mindestens 6129 Euro erlassen. Das ist mehr als das Zehnfache der steuerlichen Entlastung, die Menschen mit niedrigen Jahreseinkommen (bis zu 25.000) laut FDP bekommen würden. Die kriegen nämlich nur 592 Euro Steuer erlassen.

Corona hat uns deutlich gemacht, wo wir investieren müssen, zum Beispiel in Gesundheit und Pflege.

Im Gegenzug aber hat die öffentliche Hand weniger Geld. Mittel, die fehlen für Schulen und Kitas, für Bahnverkehr, für die öffentliche Daseinsvorsorge. Und der Clou ist, dass just Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders auf die öffentliche Infrastruktur angewiesen sind. Wer die Mitte wirklich entlasten will, muss also, um das finanzieren zu können, Millionenerbschaften und Millionenvermögen stärker besteuern.

Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wo wir mehr investieren müssen, zum Beispiel in Gesundheit und Pflege, schon um die Pflegekräfte besser bezahlen zu können. Sonst droht uns nach der Gesundheitskrise ein noch größerer Pflege-Notstand. Und gerade Kinder, die zu Hause nicht so viel Unterstützung erfahren haben, müssen nun nach der Zeit des Homeschoolings stärker unterstützt werden. Viele kulturelle Einrichtungen, Orte der Begegnung stehen vor existentiellen Nöten. Nun darf es auf keinen Fall zu Kürzungen bei der Kultur kommen. Wir brauchen jetzt – mehr denn je – eine handlungsfähige öffentliche Hand.

Happy End nicht nur im Märchen

Doch wenn die Schuldenbremse wieder anzieht und das Gemeinwesen keine Mehreinnahmen hat, drohen Kürzungen bei der Kultur, im Bildungswesen und im Sozialen. Die gute Nachricht ist, es muss nicht so kommen. Die Linke wirbt beispielsweise für eine einmalige Millionärsabgabe für die reichsten 0,7 Prozent, wobei ein Freibetrag von zwei Millionen Euro Privatvermögen und fünf Millionen Betriebsvermögen vorgesehen ist. Erst Vermögen oberhalb dieser Freibeträge würde mit zehn Prozent besteuert. Wer also ein Privatvermögen von zwei Millionen und 100 Euro hätte, müsste lediglich eine Abgabe für die 100 Euro oberhalb des Freibetrages zahlen, also zehn Euro. Wer diese Abgabe ausschließt, schützt Millionäre und lässt zu, dass das die Krisenkosten auf der gesellschaftlichen Mitte abgewälzt werden. Die öffentliche Hand würde damit rund 310 Milliarden Euro einspielen.

Letztlich steht Deutschland vor einer Grundsatzentscheidung, wie die Krisenkosten finanziert werden: entweder durch eine einmalige Abgabe für die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung oder durch Kürzungen im Sozialen, bei Kultur und Kommunen, kurzum durch Einschnitte, die Millionen Menschen hart treffen werden.

Im Märchen der Gebrüder Grimm wird der Zaubertopf, der auf wundersame Weise den Hirsebrei vermehrt, zwischenzeitlich übrigens zur Bedrohung. Der Brei steigt über den Rand und bedeckt fast die ganze Stadt. Doch im Märchen gibt es ein Happy End. Und auch für die Steuerfrage ist ein glückliches Ende möglich – und zwar dann, wenn die Steuerpläne, die vor allem Millionengewinne und Millionenerbschaften schützen, statt in den Topf in die Tonne wandern und gar nicht erst Regierungsprogramm werden. *Katja Kipping*

Armut in jeder Form bekämpfen – auch und besonders Altersarmut.

»Wir brauchen andere Mehrheiten!«

Katja Kipping im Gespräch über soziale Gerechtigkeit.

Wie nah bist Du als Sozialpolitikerin eigentlich am Armutsproblem dran?

Der direkte Austausch ist mir eine besondere Herzensangelegenheit. Bei der Erarbeitung des Armuts- und Reichtumsberichtes hat es die Regierung versäumt, Armutsbetroffene einzubeziehen. Wir handhaben das anders, uns ist es sehr wichtig, die Perspektive von Armutsbetroffenen einzubeziehen, unter anderem deshalb führten wir zwei große Anhörungen durch und suchen immer wieder das direkte Gespräch mit Hartz-IV-Betroffenen.

Hat sich in Sachen Hartz IV-Sätzen irgendetwas grundlegend geändert?

Auf die Straße gehen, mit den Menschen ins Gespräch kommen.

Nicht wirklich. Die Berechnung erfolgt von der Regierung alle fünf Jahre. Wir erstellen eigene Berechnungen, um nachzuweisen, wie sehr die Regierung die Sozialleistung gezielt klein rechnet. Unserer Berechnung zufolge müsste der Regelbedarf eines Erwachsenen momentan bei 658 Euro im Monat plus Strom plus weiße Ware liegen.

Ist eine Abschaffung von Sanktionen in Sicht?

Jahrelang haben wir mit Anfragen, kritischer Öffentlichkeitsarbeit und Anfüttern der juristischen Öffentlichkeit mit kritischer Expertise wie ein Maulwurf den Boden bereitet für die Kritik der Sanktionen. Das Urteil des BVG am 5. November 2019 war – so widersprüchlich einzelne Passagen auch interpretiert werden – ein großer Fortschritt und auch ein Erfolg unserer jahrelangen Arbeit.

Gibt es für Einzelne eine Möglichkeit, sich gegen die Praktiken der Jobcenter zu wehren?

Bei der Gesprächsoffensive vor Jobcentern verteilen wir die Broschüre »Wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt« mit Hinweisen, welche Rechte Hartz-IV-Betroffene selbst nach der jetzigen Rechtslage haben, und bieten Kaffee sowie ein offenes Ohr für die Sorgen mit Hartz IV an.

Dass es sich lohnt, für seine Rechte einzustehen, veranschaulichen auch die regelmäßig von uns erhobenen Zahlen, wie viele Widersprüche und Klagen gegen Sanktionen erfolgreich waren: Im Jahre 2020 waren dies 45 Prozent der Widersprüche und 70 Prozent der Klagen.

Was aber wäre Deine Alternative zum bestehenden System der sozialen Kontrolle?

Meine sozialpolitische Arbeit widmete sich sowohl den ganz konkreten sozialen Nöten und den akuten Fragen wie den grundlegenden Alternativen,

»Ich ruhe nicht, bis Hartz IV überwunden ist.«

wie zum Beispiel die Kindergrundsicherung, denn jedes Kind hat das Recht auf einen guten Start ins Leben und eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Menschen ohne Beschäftigung.

Das hältst Du kurzfristig für durchsetzbar?

Ich werde nicht ruhen, bis das Sanktionssystem Hartz IV überwunden ist und alle Menschen in jedem Alter, vom Kleinkind bis zur betagten Seniorin, garantiert vor Armut geschützt sind. Dafür machen wir Druck, außerhalb des Parlaments und im Bundestag. Und um das durchzusetzen, brauchen wir andere Mehrheiten und zwar soziale Mehrheiten links von Union und FDP. Dafür trete ich ein – versprochen.

Die Fragen stellte Kristin Hofmann

Katja Kipping

Direktkandidatin im Wahlkreis 159 (Altstadt, Blasewitz, Leuben, Plauen und Prohlis)

Biografie

Katja Kipping wurde am 18. Januar 1978 in Dresden geboren. Von 1984 bis 1996 besuchte sie hier die Schule, zuletzt das Annen-Gymnasium, wo sie auch ihr Abitur ablegte. Es folgte ein Freiwilliges Soziales Jahr in Gatschina (Russland) und von 1997 bis 2003 ein Magisterstudium der Slavistik/Amerikanistik/Rechtswissenschaft an der TU Dresden, das mit dem Grad einer Magistra Artium erfolgreich abschloss.

Politische Vita

Nach ihrem Eintritt in die PDS im Jahre 1997 wurde sie im Jahre 1999 Stadträtin in Dresden (bis 2003) und Abgeordnete des Sächsischen Landtages bis 2005. Seit 2005 ist Katja Kipping Mitglied des Deutschen Bundestages und Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion. Seit 2003 war sie stellvertretende Vorsitzende der PDS, ab 2007 der Partei DIE LINKE. Von 2009 bis 2012 war sie Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages. 2012 wurde sie in Göttingen zur Vorsitzenden der Partei – gemeinsam mit Bernd Riexinger – gewählt. Dieses Amt behielt sie nach Wiederwahl 2014, 2016 und 2018 bis 2021 und trat danach nicht mehr als Parteivorsitzende an.

Außerparteiisches und -parlamentarisches Engagement

Katja Kipping war von 2003 bis 2005 Sprecherin beim Fahrgastbeirat der DB Regio Sachsen, von 2004 bis Mai 2008 Mitbegründerin und Sprecherin beim bundesweiten »Netzwerk Grundeinkommen«.
Sie ist Redakteurin und Mitherausgeberin des Magazins »Prager Frühling«, Vorstandsmitglied im Crossoverinstitut Solidarische Moderne, Mitglied bei Ver.di, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Fellow des Instituts für Kritische Theorie.

Das will DIE LINKE

Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin! Für eine solidarische Gesundheitsversicherung und bedarfsgerechte Behandlung und Pflege!

Gute Arbeit für alle

Wir streiten gegen Ausbeutung und Unsicherheit im Job – und für gute Arbeitsbedingungen für alle. Gesundheit und Zufriedenheit der Beschäftigten sollten das Ziel der Politik sein. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und eine Rente reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Arbeit soll für alle Menschen sicher, unbefristet, sinnvoll und tariflich bezahlt sein. Egal ob sie im Blaumann oder im Pflegekittel, mit Wischmopp oder Laptop geleistet wird.

Das wollen wir:

- Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen
- Sozialversicherung in jedem Arbeitsverhältnis
- Leiharbeit in reguläre Jobs verwandeln
- Arbeit, die zum Leben passt: Allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf um die 30 Stunden pro Woche mit Lohnausgleich
- Betriebs- und Personalräte stärken

Gesundheit

Wir wollen ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht. Gesundheit darf nicht weiter zu einem Markt verkommen, auf dem die Profite mehr zählen als die Menschen: Statt immer weiter zu privatisieren, muss Gesundheit als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens steht nicht nur einer guten Versorgung, sondern auch guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entgegen. Wir setzen auf eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. Die Zwei-Klassen-Medizin wollen wir überwinden.

Das wollen wir:

- 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern
- Solidarische Gesundheitsversicherung
- Krankenhäuser bedarfsgerecht finanzieren
- Ambulante Versorgung in Stadt und Land verbessern

Wohnen bezahlbar machen

Eine gute Wohnung für jeden sollte in unserem reichen Land selbstverständlich sein. Doch die Mieten sind in vielen Städten explodiert. Die Einkommen sind nicht im gleichen Maße gestiegen. Wohnungen werden immer häufiger Spekulationsobjekt und sind für viele Menschen kaum noch bezahlbar. Wir brauchen einen grundlegenden Richtungswechsel: Einen bundesweiten Mietendeckel und sozialen Wohnungsbau, der dauerhaft bezahlbar bleibt. Wohnungen sind das Zuhause von Menschen, keine Geldanlage.

Das wollen wir:

- Mietendeckel bundesweit
- 250.000 Sozialwohnungen pro Jahr
- Keine Räumungen in die Obdachlosigkeit
- Spekulation mit Wohnraum verbieten, Deutsche Wohnen & Co enteignen

Gerechte Steuern

Vermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt: 45 Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Das reichste ein Prozent der Bevölkerung besitzt mehr als ein Drittel des Vermögens. Oft wird in der Politik darüber gesprochen, wo gespart und gekürzt werden muss, aber nicht darüber, auf welche Einnahmen verzichtet wird, wenn Reichtum nicht ausreichend besteuert wird. Wenn die Vermögensteuer wieder eingeführt würde, könnten bundesweit Schulen, Kitas, Krankenhäuser und sozialer Wohnungsbau besser finanziert werden.

Das wollen wir:

- Untere und mittlere Einkommen entlasten
- In Bildung, Gesundheit, die Verkehrswende, sozialen Wohnungsbau und Klimaschutz investieren.
- Konzerne, Millionenerbschaften und Millionär:innen angemessen an der Finanzierung dieser gesellschaftlicher Aufgaben beteiligen

Klimaschutz

DIE LINKE kämpft für konsequenten Klimaschutz. Als Einzige legen wir uns dafür mit den Profitinteressen großer Unternehmen an. Zweidrittel der weltweiten CO_2-Belastung wird von nur 100 Groß-Konzernen verursacht. Nicht die einfachen Leute bitten wir deshalb zur Kasse, etwa durch höhere Mieten oder steigende Strompreise, sondern wir holen uns das Geld bei den Verursachern. Wir wollen einen sozialen und ökologischen Systemwechsel. Dabei stehen wir an der Seite der jungen Klimabewegung und gehen mit ihr auf die Straße. System Change not Climate Change!

Das wollen wir:

- Raus aus der Kohle bis 2030
- Strukturwandel anpacken und Arbeit sichern
- Öffentliche Mobilität ausbauen
- Klimafeindliche Konzerne entmachten

Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit gibt uns Rückhalt: Wissen, dass wir von unserer Arbeit gut leben können, dass wir nicht am Rande eines Abgrunds leben, dass die Zukunft planbar und lebenswert ist. Dafür brauchen wir: Sichere Arbeit mit guten Löhnen. Öffentliche Dienstleistungen und

Altersarmut ist ein Armutszeugnis für die gesamte Gesellschaft. Für ein Altern in Würde, Lebensfreude und sozialer Geborgenheit!

Auf ihrem Parteitag im Juni 2021 hat sich DIE LINKE nach ausführlicher Diskussion ein Programm für die Wahlen zum Deutschen Bundestag 2021 gegeben. Hier finden sich die wichtigsten inhaltlichen Punkte dieses Programmes.

An der Seite der jungen Menschen stehen wir im Kampf für eine lebenswerte Welt von Morgen.

Institutionen, die gut aufgestellt sind: ob Kita, Schule oder Universität, bezahlbares Wohnen, gute Pflege und Gesundheitsversorgung. Und es braucht Sozialversicherungen – gegen Erwerbslosigkeit, Krankheit, für die Altersvorsorge – mit denen wir den Lebensstandard halten können und die sicher vor Armut schützen. Nur wenn wir uns nicht dem Markt ausgeliefert fühlen und niemand Angst vor sozialem Ausschluss haben muss, sind wir wirklich frei.

Das wollen wir:

- Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV
- Arbeitslosengeld I länger zahlen
- Kindergrundsicherung einführen
- Eine Rentenversicherung für alle

Gute Rente, gutes Leben

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Wir wollen eine Umkehr in der Rentenpolitik: Mit den Renten»reformen« von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten. Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug. Von einst rund 53 Prozent im Jahr 2000 wird es auf 41,7 Prozent im Jahr 2045 fallen. Durch die Rente ab 67 können wir erst später ohne Abschläge in Rente gehen. Die meisten werden früher in Rente gehen, damit wird ihre Rente nochmal drastisch gekürzt!

Die staatlich geförderte Riesterrente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen Lücken nicht schließen. Es werden Milliarden an Subventionen verpulvert, die in den Kassen der Versicherungskonzerne statt in den Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner landen. Und Millionen Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen können nicht privat vorsorgen. Jahr für Jahr sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut und sozialem Abstieg betroffen. Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind von Armut bedroht. Das muss dringend geändert werden!

Das wollen wir:

- Lebensstandard sichern: Sicherungsniveau von 53 Prozent
- Ab 65 abschlagsfrei in Rente sowie mit 60 Jahren bei 40 Beitragsjahren.
- Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden. Wir fordern eine zügige Angleichung an das Westniveau
- Schluss mit Altersarmut: Solidarische Mindestrente von 1200 Euro, niedrige Löhne in der Rente aufwerten
- Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen und Manager und Managerinnen
- Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden. Die Abschläge wollen wir streichen.

»Dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint ...«. Jede Waffe findet ihren Krieg. Rüstungsexporte stoppen!

Frieden

Wir stellen uns gegen die Pläne der Bundesregierung für Aufrüstung und Weltmachtpolitik. Wenn die Regierung von »deutscher Verantwortung in der Welt« spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität.

Das wollen wir:

- Rüstungsexporte verbieten
- Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückziehen
- Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge
- Abrüsten! Keine Erhöhung des Militäretats

Mehr Infos

Das gesamte Wahlprogramm mit allen Einzelheiten gibt's im Internet unter www.die-linke.de

- Soziale Gerechtigkeit weltweit – solidarische Zusammenarbeit und internationales Recht stärken
- Frieden stärken: Europäische Entspannungspolitik statt Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- Alle Menschen haben ein Recht auf Schutz vor Tod, Folter, Verfolgung und Diskriminierung.

Die Demokratie demokratisieren

Demokratie ist mehr, als alle vier Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen in allen Bereichen mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen werden – von der kommunalen bis zur europäischen Ebene ebenso wie im Betrieb und der Wirtschaft. Der Einfluss von Lobbyisten muss zurückgedrängt werden. Lebendige Demokratie lebt von Bewegung auf der Straße, deswegen stellt die LINKE sich gegen jede Einschränkung von Grundrechten und will die Sicherheitsbehörden demokratisieren.

Das wollen wir:

- Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen
- Wir brauchen ein verbindliches, transparentes Lobbyregister
- Der Verfassungsschutz muss durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzt werden
- Ein verbindliches, transparentes Lobbyregister

Gute Arbeit heißt faire Bezahlung, Arbeitszeitverkürzung und Stärkung der Betriebs- und Personalräte.

Neonazistische Netzwerke zerschlagen

Wer den Begriff des Antifaschismus kriminalisiert, spielt den Faschisten in die Hände.

»Ihr seid nicht schuld an dem, was damals geschah. Aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr über diese schrecklichen Verbrechen nichts wissen wollt.« Esther Bejarano, Auschwitz-Überlebende.

Im aufziehenden Bundestagswahlkampf ergingen bereits die ersten Einladungen zu Podiumsgesprächen an uns Kandidat:innen. Das ist eine tolle Sache, zumal offensichtlich das Interesse im Vergleich zu vergangenen Wahlen zugenommen hat, die jeweiligen Kandidat:innen persönlich befragen zu können. So erreichte mich dann auch eine Einladung eines Berufsschulzentrums in Dresden und mit ihr gleich die Eingangsfrage, die jede:r Kandidat:in in seinem kurzen Eröffnungsstatement beantworten soll. Während sich der CDU-Kandidat zur Corona-Politik der Bundesregierung äußern und der SPD-Kandidat erläutern darf, wie seine Partei den Niedriglohnsektor begrenzen will, ergeht an DIE LINKE eine klassische Abgrenzungsaufforderung: »Den Linken wird mangelnde Abgrenzung zur Antifa vorgeworfen. Positionieren Sie sich, bitte!«

Wenn Beamte zu Täter:innen werden

Nun denn, diese Positionierung werde ich gern vornehmen. Aber mitnichten durch eine Abgrenzung. Denn der Vorwurf zielt ja ins Leere. Wir haben keine mangelnde Distanz zur Antifa – wir sind Antifa! Selbstverständlich. Dem Wortsinne nach Antifa, also Antifaschist:innen zu sein, bedeutet ja nichts anderes, als sich gegen jegliches Wiedererstarken des Faschismus zur Wehr zu setzen und ihn zu bekämpfen. Es stellt sich also vielmehr die Frage: Wie könnten Demokrat:innen eigentlich nicht Antifa sein? Was die Fragestellung aber deutlich macht: es wird eine problematische Haltung suggeriert (von der man sich zu distanzieren habe), wo keine ist. Und mitnichten wird auf das tatsächliche Problem abgestellt, über das es angesichts der aktuellen Ereignisse viel eher zu sprechen gelte: Was tun im Kampf gegen faschistische Umtriebe?

Prävention gegen rechtes Gedankengut muss viel früher ansetzen, als bislang.

Unter den Schlagworten Halle, Hanau, Mord an Lübke und NSU versteckt sich ja nur die Spitze eines Eisberges an rechtem Terror, rechtem Hass, rechter Gewalt und ja, auch faschistischen Netzwerken. Das zeigen nicht zuletzt die gehäuft bekannt gewordenen Chatgruppen-Verläufe von Polizeieinheiten, in denen fröhlich Hitler-Bildchen, Holocaust-Leugnungen und Memorabilien-Bilder der Waffen-SS unter den Beamt:innen versendet wurden. Auch in Sachsen musste der Innenminister eine ganze Einheit auflösen. Unter anderem, weil die Angehörigen mit entwendeter Munition auf einen Schießplatz in Mecklenburg-Vorpommern gefahren sind, dessen Betreiber enge Kontakte zur rechten Terror- und Prepper-Gruppe »Nordkreuz« pflegte. Ein schon an sich gänzlich unfassbarer Vorgang!

Im Kampf gegen Neonazis ist aktuell kein Verlass auf die Polizei

Das zeigt auch: Wer sich beim Kampf gegen Rechts auf diejenigen verlässt, deren hoheitliche Aufgabe der Schutz auch der Demokratie dieses Landes gegen ihre Feinde ist, der ist leider oft verlassen. Statt Hilfe zu erhalten, verlaufen Ermittlungen günstigstenfalls ins gewollte Leere, im schlimmsten Falle landen die Daten der Anklagenden bei denjenigen, gegen die eigentlich ermittelt werden soll: Nazis. Die Drohschreiben an diverse Bundestagsabgeordnete, Opferanwält:innen und linke Aktivist:innen – so viel ist bekannt – konnten nur adressiert werden, weil von Polizeicomputern die eigentlich zur Auskunft gesperrten Meldeadressen abgerufen wurden.

Was also tun, wenn im Kampf gegen Rechts kein Verlass auf die Sicherheitsbehörden ist? Recht und Gesetz in die eigenen Hände nehmen? Das erscheint keine tragfähige Lösung. Aber sich unter dem nächsten Stein zu verkriechen ist am Ende auch kein Zukunftsmodell. Vielmehr braucht es das stete Anprangern, den zivilgesellschaftlichen Druck – der in der Konsequenz in politisches Handeln umschlagen soll, wenn entsprechend andere Mehrheiten erreicht sind.

Aufklärung muss früher beginnen

Prävention gegen rechtes Gedankengut muss dabei schon viel früher und intensiver ansetzen als bislang. Die Demokratiebildung in Deutschlands Schulen muss neu aufgestellt und verstetigt werden. Zum Beispiel sollte jedes Schulkind im Laufe seiner Schullaufbahn einmal eine KZ-Gedenkstätte besucht haben. Nur wer mit eigenen Augen sieht, wozu Nazis im Stande waren, kann begreifen, warum sich ihre Verbrechen nicht wiederholen dürfen.

Demokratiebildung scheint dann auch ein wichtiger Schlüssel zu sein, wenn es darum geht, künftige Generationen von Polizist:innen auszubilden und zu verhindern, dass sich unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Korpsgeistes erneut solche Netzwerke bilden. Hier muss viel stärker hin- und drauf geschaut werden. Dass der Verfassungsschutz dafür nicht geeignet ist, hat er mehrfach bewiesen. Er ist funktionslos, es braucht ihn nicht! *Silvio Lang*

Silvio Lang: »Wir haben keine mangelnde Distanz zur Antifa – wir sind Antifa!«

Der Direktkandidat ist vertraut mit dem Wahlkampf im ländlichen Raum.

»Ich will nicht auf der Tribüne sitzen!«

Im Gespräch mit Silvio Lang, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 160.

Silvio, vielleicht für alle, die Dich noch nicht so gut kennen: Was muss man über Dich persönlich auf jeden Fall wissen?

Ich bin Silvio Lang, Jahrgang 1983, seit 2009 Mitglied bei DIE LINKE. Ich wohne seit 2003 in Dresden, bin verheiratet, habe zwei Söhne. Im Hauptamt bin ich Wahlkreismitarbeiter unserer Bundestagsabgeordneten Caren Lay im Landkreis Bautzen. Ehrenamtlich bin ich Kreisvorsitzender für unsere Partei im Kreis Bautzen, wo ich auch herkomme und mein Elternhaus steht. Außerdem gehöre ich dem Landesvorstand an und bin zudem noch Erster Sprecher der VVN-BdA in Sachsen.

VVN-BdA?

Ach ja, ich vergesse manchmal, dass die Abkürzung nicht allen so geläufig ist: Das ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e. V. im Freistaat Sachsen. Ein parteiunabhängiger, antifaschistischer Verein.

Und nun kandidierst Du im Wahlkreis 160 (Dresden II – Bautzen II) für DIE LINKE für den Bundestag. Warum? Was treibt Dich an?

Grundsätzlich bin ich schon immer jemand, der es nur schwer aushält, anderen beim Entscheidungen treffen zusehen zu müssen und nicht mitentscheiden zu dürfen. Um es mal im Fußball-Sprech zu sagen: Ich will auf den Platz, nicht nur auf der Tribüne sitzen. Trotzdem nehm ich die Kandidatur nicht auf die leichte Schulter, und deswegen habe ich mich auch erst jetzt dazu entschieden, das zu versuchen. Ich glaube einfach, dass ich mittlerweile genug politische Erfahrung gesammelt habe, um sowohl in einem intensiven Wahlkampf als auch dann im Bundestag bestehen zu können.

»Ich glaube, dass ich mittlerweile genug politische Erfahrung gesammelt habe.«

Mit welchen thematischen Schwerpunkten willst Du denn dein Mandat verbinden?

Ich denke, man muss zwei Perspektiven mitnehmen:

1. Wofür stehe ich ganz persönlich, auch auf Grund meiner Biografie? Das ist bei mir sicher der Antifaschismus als Schwerpunkt. Daher wird mir der Kampf gegen Nazis, gegen rechte Netzwerke in Gesellschaft und staatlichen Behörden ein Anliegen sein. Aber auch die Frage: Wie gehen wir in Deutschland 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieges mit der Erinnerung an die NS-Verbrechen um?

2. Was ist für die Menschen im Wahlkreis wichtig? Da sehe ich für den Teil des Wahlkreises, der aus dem Dresdner Stadtgebiet besteht, vor allem die Frage nach bezahlbarem Wohnraum als entscheidend an. Stichwort: bundesweiter Mietendeckel. Und für das Umland die Frage, wie man eine gute ÖPNV-Anbindung schafft, die in hoher Taktfrequenz ermöglicht, in die Stadt zu pendeln, ohne dabei auf das Auto angewiesen zu sein.

Und was ist Dein persönliches Ziel für den Wahlabend?

Das Wahlergebnis für DIE LINKE und mein Persönliches sollen so stark wie möglich sein. Und die AfD soll das Direktmandat nicht gewinnen.

Die Fragen stellte Kristin Hofmann

WAHLALTER NULL

Nur eine verrückte Idee?

Ist geistige Reife wirklich an das Lebensalter gebunden? Und wenn ja: Wieso gibt es dann erwachsene Faschisten?

Die Bundestagswahl – eine gute Gelegenheit sich darüber Gedanken zu machen, nicht nur wen, sondern wie wir eigentlich wählen wollen. Also insbesondere wer wählen darf. Zur Zeit sind das bei der Bundestagswahl Über-18-Jährige. Doch auch wenn es nach dem Wahlprogramm der LINKEN geht, bleibt eine willkürliche Altersgrenze von 14 Jahren bestehen. Warum lassen wir nicht junge Menschen selbst entscheiden, ab wann sie wählen möchten? Aus unserer Sicht braucht es das Wahlalter Null!

Politische Entscheidungen wirken sich nicht nur auf Volljährige aus. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie stark Kinder und Jugendliche von den Einschränkungen zum Infektionsschutz betroffen waren. Anspruch einer demokratischen Politik muss es sein, alle von Entscheidungen Betroffenen einzubeziehen. Deswegen wäre es nur konsequent, auch Kinder und Jugendliche wählen zu lassen. Ohne Wahlrecht für alle bestehen wenig Anreize, auch Politik für alle zu machen. Allein das hat sich in den letzten Jahren bereits mehr als deutlich gezeigt.

Fridays for Future hat gezeigt, dass viele junge Menschen mit der derzeitigen Politik nicht zufrieden sind. Damit wird aber auch etwas ganz anderes klar: Kinder und Jugendliche interessieren sich für Politik. Sie sind in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden und sie zu vertreten.

Sollten nicht heute schon jene eine Stimme haben, die morgen leben müssen?

Vernunft wird nicht per Volljährigkeit vergeben

Menschen über 18 müssen sich nicht für die Beweggründe ihrer Wahlentscheidung rechtfertigen oder gar nachweisen, dass sie sich ausreichend damit beschäftigen. Die Wahlentscheidung von Erwachsenen ist völlig frei, obwohl ihre Motive im Sinne einer möglichst informierten Wahlentscheidung sicher häufig hinterfragt werden könnten. Dies wird nur bei Kindern und Jugendlichen gemacht. Nur ihnen wird die Mündigkeit abgesprochen, obwohl wir gerade jetzt sehen, dass viele von ihnen deutlich fundierter ihre Meinung vertreten als so manche deutlich ältere Person.

Ein Wahlalter Null bedeutet mehr Mitbestimmung, mehr politische Bildung und gelebte Generationengerechtigkeit. Uns hinter willkürlichen Altersgrenzen zu verstecken bringt uns, Kindern und Jugendlichen, sowie unserer Demokratie nichts. Lasst uns allen jungen Menschen, die es wollen, eine Stimme geben. Wir werden es sicher nicht bereuen!

Paul Senf

AUGUST/SEPTEMBER

Termine und Veranstaltungen

Gregor Gysi spricht am 1. September beim Friedensfest der Dresdner LINKEN.

Gartengespräch mit Katja Kipping
■ **6. August, 17 bis 19 Uhr, Kleingartenverein »Frauensteiner Platz«**

Silvio Lang auf dem DGB-Jugendwahlforum im Rahmen des Fokus Festival
■ **13. August, 19 Uhr, Rabryka-Gelände, Conrad-Schiedt-Straße 23, 02826 Görlitz**

Gartengespräch mit Katja Kipping
■ **15. August, 14.30 bis 16.30 Uhr Kleingartenverein »Südost/Gittersee«**

Auf ein Wort – Infogespräche mit Katja Kipping
■ **Zwischen dem 16. August und dem 22. September ist Katja Kipping in ihrem Wahlkreis 159 unterwegs. An insgesamt 24 Standorten wird sie Rede und Antwort zum Wahlprogramm der LINKEN stehen. Infos zu den Terminen finden sich auf www.katja-kipping.de**

Gartengespräch mit Katja Kipping
■ **17. August, 18 bis 20 Uhr, »Gärtjen«, Messering 1a, 01067 Dresden**

DIE LINKE Dresden im Wahlkampf

Im August startet der Wahlkampf für die Bundestagswahl. Auf dieser Seite finden sich Termine von Veranstaltungen der Dresdner LINKEN. Für Unterstützung kann man sich in der Geschäftsstelle des Stadtverbandes telefonisch oder per Mail melden.

■ **DIE LINKE Dresden**
Großenhainer Straße 93
Telefon 0351/8583801
kontakt@dielinke-dresden.de

DIE LINKE Dresden im Internet

■ **facebook.com/DieLinkeDresden**
■ **twitter.com/linke_dresden**
■ **instagram.com/dielinke.dresden**
■ **flickr.com/photos/dielinke-sachsen**
■ **youtube.com/Dielinke-sachsenDe**

Katja Kipping und Silvio Lang auf der Tolerade
■ **28. August, ab 12 Uhr, Start: Bahnhof Neustadt**

Friedensfest der Dresdner LINKEN
■ **1. September, 15 bis 18 Uhr, Dr.-Külz-Ring, vor Altmarktgalerie, mit Katja Kipping, Silvio Lang und Gregor Gysi (Rede: 17 Uhr)**

Silvio Lang bei Podiumsdiskussion der Landeszentrale für Politische Bildung
■ **1. September, 19 Uhr, Rathaus Radeberg**

Katja Kipping in der Wahlarena der Industrie- und Handelskammer
■ **9. September, 18 Uhr, Veranstaltungsort bitte Anfang September der Website entnehmen**

Katja Kipping und Silvio Lang auf dem Wahlforum des DGB Sachsen
■ **10. September, 15 bis 18.30 Uhr, Leipzig, Veranstaltungsort bitte Anfang September der Website entnehmen**

Katja Kipping auf dem Stadtteilfest Friedrichstadt
■ **11. September, 15 bis 17 Uhr, Veranstaltungsort bitte Anfang September der Website entnehmen**

Silvio Lang beim Podiumsgespräch Stadtjugendring Dresden
■ **14. September, 17 Uhr, digitale Veranstaltung, Zugangscode über Website des Stadtjugendringes**

Katja Kipping beim Wahlforum »Laubegast ist bunt!«
■ **16. September, 19 bis 21 Uhr, »Volkshaus Laubegast«, Laubegaster Ufer**

Silvio Lang beim Naturfreunde-Talk
■ **16. September, 18 Uhr, Schwepnitzer Straße 1**

Katja Kipping bei Podiumsdiskussion der Landeszentrale für Politische Bildung
■ **17. September, 19 bis 21 Uhr, Veranstaltungsort bitte aktuell der Website entnehmen**

Katja Kipping beim Müllsammeln
■ **18. September, 9.30 bis 11 Uhr, Albert-Wolf-Platz, Dresden-Prohlis**

Katja Kipping auf dem Kinderfest in Prohlis
■ **20. September, 15 bis 18 Uhr, Albert-Wolf-Platz, Prohlis**

Silvio Lang beim Wahlpodium des DGB-Dresden
■ **18 Uhr, Veranstaltungsort bitte Anfang September der Website entnehmen**

Katja Kipping und Klaus Dörre über den New Green Deal
■ **21. September, 18.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93**

Weitere, aktuelle Termine finden sich auf der Website des Stadtverbandes und den Websites der Kandidat:innen:
■ **www.katja-kipping.de**
■ **www.silvio-lang.de**

Spenden willkommen!

DIE LINKE verzichtet als einzige Partei Deutschlands grundsätzlich auf Unternehmensspenden. Private Spenden von Sympathisant:innen und Mitgliedern unserer Partei hingegen sind eine wichtige Quelle der Finanzierung – besonders im Wahlkampf. Wer uns also in unserem Ringen um Soziale Gerechtigkeit finanziell unterstützen will, kann dies unter der nachfolgenden Bankverbindung tun. Jede Spende hilft! Selbstverständlich stellen wir auf Wunsch dafür ein Spendenquittung aus!

■ **DIE LINKE Dresden**
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
BIC: OSDDDE81XXX

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Katja Kipping, Silvio Lang, Kristin Hofmann, Uwe Schaarschmidt, Paul Senf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Martin Heinlein (1); nicajo/pixabay (2); Uwe Schaarschmidt (3); Sasin Tipcai/pixabay (4); pasia100/pixabay (4); Dominic Wunderlich/pixabay (5); Jens Jungeberlin/pixabay (5); Janno Nivergall/pixabay (5); LINKE Sachsen/flickr (6); Esther Stosch/pixabay (6); Silvio Lang (7); Amanda Mc Connell/pixabay (7); DIE LINKE (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 8000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
21. Juli 2021

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Vom Abrisskandidaten zum Denkmalschutz

Eine Debatte zur Unterschutzstellung des Neustädter Markts.

Überraschend wurde vor wenigen Tagen der Neustädter Markt vom Landesamt für Denkmalpflege unter Denkmalschutz gestellt. Die Polarisierung ließ nicht lange auf sich warten. Während die »Gesellschaft Historischer Neumarkt« den baukulturellen Untergang beschwor, jubelte die Bürgerinitiative »Neustädter Freiheit« und machte gleich Vorschläge, wie der Platz jetzt verändert werden könne. Veränderungen, die sich allerdings ihrerseits gar nicht mit dem Denkmalschutz vertragen.

Wie die Hochhäuser am Terrassenufer oder jenes an der Grunaer Straße waren der Neustädter Markt und die Sarrassanistraße dahinter mit ihren Plattenbauten ab 1990 Hassobjekte, die schnellstens abgerissen gehörten. Bei einem Hochhaus am Terrassenufer wurde das umgesetzt. Beim Neustädter Markt verlief die Diskussion differenzierter. Das Bauensemble Neustädter Markt und Hauptstraße war als öffentlicher Platz und als Einkaufsmeile vor und nach 1989 akzeptiert. Bilderstürmerei konnte den Verantwortlichen in den 70er und 80er Jahren nicht vorgeworfen werden, denn die unzerstörten Barockbauten der Hauptstraße und dahinter sowie die teils als Kirche teils als Kongresszentrum wiederaufgebaute Dreikönigskirche wurden in die moderne Interpretation der Inneren Neustadt passend integriert und denkmalpflegerisch liebevoll saniert.

DIE LINKE befürwortet die Unterschutzstellung des Neustädter Markts.

Nach 1989 wurden die Platten teils verändert, die Balkonbrüstungen mussten aus statischen Gründen ausgetauscht werden und einzelne Häuser wurden architektonisch überformt, teils wurden die Plattenbauten der Patinierung überlassen, sie sind unverändert, nur benagt vom Zahn der Zeit. Auch in den Platz selbst wurde verändernd eingegriffen, durch lokalen Austausch des Belages und die Beseitigung des baukünstlerisch hochwertig ausgestatteten Fußgängertunnels.

Später entspannte sich der Umgang mit dem Baubestand. Die grundlegenden Beschlüsse dazu, unter anderem der grundsätzliche Erhalt der städtebaulichen Figur, wurden bereits bei der Diskussion des Rahmenplanes Innere Neustadt im Januar 2016 getroffen, auch eine Reduzierung der damals geplanten Baufelder am Elbufer auf nicht über die Hälfte der Tiefe des Finanzministeriums hinaus. Ärger mit dem Stadtplanungsamt gab es noch einmal ab Sommer 2017, nachdem ungeachtet der einhelligen Beschlüsse im Bauausschuss seinerzeit verworfene Planungen unverdrossen zur Grundlage des städtebaulichen Wettbewerbes Neustädter Markt/Königsufer gemacht werden sollten.

Denkmalschutz ist ein ideales Instrument im Umgang mit dem Neustädter Markt.

Über das Wettbewerbsergebnis wurde noch einmal vom Stadtrat befunden. Demnach sollen die Grünflächen erhalten bleiben, was eine direkte Bebauung des Neustädter Marktes ausschließt. Dies ist eine gute Entscheidung, leisten doch die inzwischen groß gewordenen Bäume nicht nur einen gestalterischen, sondern auch einen kühlenden stadtklimatischen Beitrag für die Aufenthaltsqualität.

Fazit: Der Denkmalschutz ist ein ideales Instrument, den Umgang mit dem Neustädter Markt in strukturierte Bahnen zu lenken und weitere unsystematische Veränderungen in Zukunft zu verhindern. Eine Umstrukturierung der Südseite ist dadurch nicht ausgeschlossen. *Tilo Wirtz*

STRASSENVERKEHR

Tempo 30 im Stadtgebiet?

Auch ein Modell für die Stadt Dresden?

In vielen deutschen Städten findet derzeit eine Debatte zur Herabsetzung der Regelhöchstgeschwindigkeit auf 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften statt. Leipzig und Berlin legten bereits vor, nun soll auch in Dresden in einem ausgewählten Stadtteil die Einführung eines flächendeckenden Tempolimits von 30 km/h erprobt werden. Gegenwind kommt von ADAC und Verkehrsministerium, die die Initiative vor allem als Gängelung der Autofahrer:innen betrachten. Wenig überraschend sprechen sich ADFC, Fußgängerlobby und der Deutsche Verkehrssicherheitsrat für eine Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit aus.

Es gibt viele Gründe, die für eine Einführung einer Regelgeschwindigkeit von 30 km/h sprechen, vor allem ein Plus an Sicherheit, weniger Lärm, eine Verbesserung der Wohn- und Aufenthaltsqualität sowie saubere Luft. Eine verringerte Geschwindigkeit würde in einer immer dichter werdenden Stadt die Interessen der unterschiedlichen Nutzer:innen besser in Einklang bringen. Straßen könnten besser als bisher gemeinsam von Rad- und Autofahrer:innen genutzt werden.

Die wissenschaftliche Begleitung ist bei einem verkehrsplanerischen Feldversuch dieses Ausmaßes entscheidend. Dabei muss der Versuchsaufbau so gewählt werden, dass neben der Betrachtung der Verkehrsströme auch Veränderungen in der Verkehrssicherheit und die Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr sowie auf die Höhe der Schadstoffemission untersucht werden können. Es ist wichtig, die DVB in die Durchführung eines solchen Modellprojektes einzubeziehen, da die Auswirkungen auf die Fahrzeiten von Bus und Bahn möglichst gering sein sollten. Wir werden die Planung und Umsetzung als Stadträt:innen engmaschig begleiten. *Anne Holowenko*

SMARTPHONE-AUSWEIS

Geschenkter Gaul

Die elektronischen Ausweisdokumente mit der elektronischen Identität (eID-Funktion) sollen nun auf dem Smartphone benutzt werden können. Die Grundlage dafür bildet das Ende Mai vom Bund beschlossene Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät. Doch wieder wurden im Gesetzesentwurf zahlreiche Fehler gemacht: So soll die Infrastruktur in privater Hand liegen und mit hohen finanziellen sowie organisatorischen Zugangshürden für die Benutzer:innen versehen werden. Die Bundesregierung verwendet dafür Steuergelder in Höhe von rund 100 Millionen Euro sowie 50 Millionen Euro für Förderprojekte.

Aktuell herrscht ein Mangel an sicheren Geräten, die für die eID-Nutzung überhaupt zugelassen sind. Perspektivisch werden das, wenn überhaupt, auch nur hochpreisige Smartphones sein. Sozioökonomische Ungleichheiten in der Gesellschaft werden weiter zementiert und letztlich entscheidet wieder der Geldbeutel. Zur Förderung des Projekts in Dresden lag dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage vor. Schaut man sich diese sowie weitere Informationen bei den Verbundpartnern an, dann wirkt alles recht nebulös und so genau weiß niemand, wie es funktionieren soll. Irgendwas mit Blockchain, ganz vielen Schnittstellen und einer »notwendigen kritischen Masse an Nutzenden«. Zwischen viel Marketing-Prosa findet man dann Aussagen wie: »Selbst-souveräne Datenökonomie als Anreizsystem« oder »Daten selbst monetarisieren«. Insgesamt wirkt das Förderprojekt wenig vertrauenserweckend, denn statt Dezentralisierung erfolgt eine Zentralisierung, statt Datensparsamkeit und -sicherheit erfolgt eine Datenökonomisierung, statt der Achtung von Grundrechten werden hier zugunsten der Wirtschaft Reallabore mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger geschaffen. So wurde dann auch das Projekt, trotz der hundertprozentigen Förderung mit fast 3 Millionen Euro für Dresden, von der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat abgelehnt, da Geld allein für uns eben kein Argument ist. Dies war bei den anderen Parteien aber anscheinend nicht der Fall, sie stimmten zu.

Katharina Hanser

Der neue Smartphone-Ausweis fördert die sozioökonomische Ungleichheit der Gesellschaft.

Wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit

Seit vielen Jahren versucht DIE LINKE, ein günstiges Schüler:innenticket in Dresden zu etablieren. Aber ohne staatliche Unterstützung ist es nahezu unmöglich.

Nach langer Wartezeit kommt endlich das Bildungsticket.

Vor 16 Jahren führten Schüler:innen am Pestalozzi-Gymnasium im Rahmen des Mathematikunterrichtes ein Projekt bei den Dresdner Verkehrsbetrieben durch, um ein Rechenmodell zur Schaffung eines günstigen Tickets für alle Schüler:innen zu entwickeln. Doch schnell war klar: Ohne staatliche Unterstützung ist dies einfach nicht möglich. Nach langem Kampf, auch seitens verschiedener LINKEN-Politiker:innen, kommt nun endlich der notwendige Zuschuss vom Land Sachsen und der Stadt Dresden. Ab dem 1. August haben alle Schüler:innen die Möglichkeit, ein Monatsticket für den gesamten Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) für 15 statt der aktuellen knapp 40 Euro zu erwerben. Auch für Schüler:innen mit besonderem Beförderungsbedarf, beispielsweise aufgrund einer geistigen oder körperlichen Einschränkung, beträgt der Eigenanteil nur 15 Euro.

Doch trotz aller Freude gibt es auch weiterhin eine Einschränkung: Während alle Kinder ihre Monatskarte generell nutzen können, ist die finanzielle Unterstützung für die Familien der Kinder und Jugendlichen, welche auf die besondere Beförderung angewiesen sind, nur zu Fahrten zum Unterricht möglich. Im Sächsischen Schulgesetz ist der Schulweg als Weg zum Unterricht festgelegt. Damit ist beispielsweise der Weg zum Praktikumsort, zu Ferienbetreuungen durch den Hort oder zu Klassenaktivitäten wie Besuche von Museen oder Klassenfahrten ausgeschlossen. Um in diesen Fällen Unterstützung zu bekommen, müssen die Familien einen Antrag beim Sozialamt stellen, welcher jedoch nicht immer positiv beschieden wird. Wenn das Sozialamt dafür nicht aufkommt, müssen die Schulen von ihrem Schulbudget die Kosten übernehmen oder die Familien selber zahlen. Schulen mit vielen Kindern mit diesem Bedarf haben damit eine deutlich größere finanzielle Belastung. Aus diesem Grund hat DIE LINKE mit einem Antrag den Oberbürgermeister aufgefordert, mit dem Land über eine erweiterte Auslegung des Begriffes »Schulweg« zu verhandeln. Schließlich findet Lernen, wie wir aus der Pandemie-Zeit lernen durften, nicht nur im Unterricht an der Schule statt, sondern auch an den verschiedensten Orten und in vielfältigen Zusammenhängen.

Doch erst einmal freuen wir uns über die Einführung des Bildungstickets – ein wichtiger Beitrag zur Bildungs- und sozialen Gerechtigkeit in Dresden.

Anja Apel

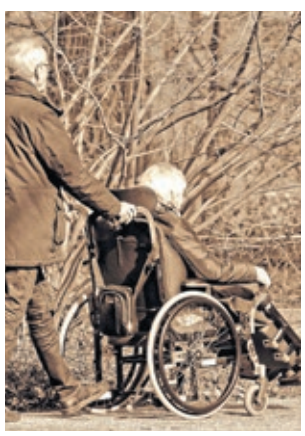
STRUKTURSTÄRKUNG

Weg frei für soziale Projekte

Schon Ende des vergangenen Jahres zeichnete sich ab, dass insbesondere der Sozialbereich aufgrund der Corona-Krise mehr Geld benötigt. Im Juni wurde dann durch den Sozialausschuss zusätzlich 300.000 Euro für 2021 und 2022 zur Verfügung gestellt.

Ermöglicht wurde dies durch einen bereits im November 2020 eingebrachten Ergänzungsantrag der LINKEN, Grünen und SPD: Für den Fall, dass im Haushalt mehr Gelder für den Bereich Soziales bereitgestellt werden können als es der Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters vorsah, sollten diese umgehend an Träger weitergereicht werden. Dadurch konnte nun unter anderem die Finanzierung der Kulturloge gesichert werden. Dieses Projekt ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen kostenlos an Sport- und Kulturveranstaltungen teilzunehmen. Darüber hinaus steht zusätzliches Geld für mehr Personal in der Sozial- und Pflegeberatung, für den Freizeitclub für Menschen mit Behinderungen und für Arbeitsförderungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose und die Straßenzeitung »Drobs« zur Verfügung.

Die Redaktion



Dank Grün-Rot-Rot wurden viele soziale Projekte gesichert.

Dresden soll lebenswert sein, unabhängig von der Dicke des Geldbeutels.

Strategien gegen soziale Spaltung

Die Fraktion DIE LINKE hat mit einer Antragsreihe begonnen, um die Lebensverhältnisse in den Stadtteilen anzugleichen.

Die Lebensverhältnisse in Dresden sind sehr unterschiedlich, je nachdem, wo man wohnt. Der Elbhang, die Neustadt, die großen Plattenbaugebiete: Die Lebensqualität einerseits und die Zuschreibung der anderen, wer dort wohne, sind sehr unterschiedlich. Dabei hat diese Unterschiedlichkeit sogar praktische politische Auswirkungen. Ärmere Menschen gehen deutlich seltener zur Wahl, damit bekommen ärmere Wahlkreise weniger Stadtratssitze und damit wiederum sind deren Probleme viel seltener auf der Tagesordnung.

Die Unterschiede zwischen einzelnen Stadtgebieten sind enorm. Im ärmsten Stadtteil Dresdens ist über die Hälfte der Menschen arbeitslos und von Hartz IV abhängig. Können die Lebensbedingungen in einem solchen Stadtteil als gleichwertig betrachtet werden zu denen im reichsten Gebiet mit einer Arbeitslosenquote von zwei Prozent? Natürlich sind diese unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den Stadtteilen bekannt und werden in einzelnen Planungsdokumenten auch gemessen und mit Planmaßnahmen bearbeitet. Allerdings geht das nicht über die singuläre Betrachtungsweise dieser Einzelplanungen hinaus. Und zudem ist es dann oft so, dass die Maßnahmen in diesen Gebieten mit weniger Engagement verfolgt werden.

Im ärmsten Stadtteil Dresdens ist über die Hälfte der Menschen arbeitslos.

Sogar, wenn sie einmal etabliert sind, bleibt ihre Wirkung oft hinter den Hoffnungen zurück mit denen sie einst verbunden waren.

Der Fraktion DIE LINKE geht diese punktuelle Herangehensweise nicht weit genug. Sie möchte eine grundsätzliche Strategie der Stadtverwaltung zum Abbau ungleichwertiger Lebensverhältnisse in der Stadt. Deswegen hat sie beantragt, dass ein Bericht erstellt wird, der die unterschiedlichen Aspekte, die zur Lebensqualität in einem Stadtbezirk beitragen, zu quantifizieren versucht und damit die Grundlage für eine Gleichwertigkeitsstrategie legt.

Dieses Vorgehen wird auf der Bundesebene bereits praktiziert, denn gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein Verfassungsauftrag. DIE LINKE sieht natürlich, dass dieser Auftrag an die Stadtverwaltung nicht leicht zu erfüllen ist. Welche Aspekte sollen neben der sozioökonomischen Lage der Menschen eines Stadtgebietes noch einfließen? Die Ärztedichte? Qualität und Umfang des Gaststättenangebotes? Die reale und die gefühlte Sicherheitslage? Das alles und noch viel mehr gilt es zu betrachten.

Spannend werden all die Dinge sein, die kommunalpolitisch beeinflussbar sind. Denn erst auf Basis einer solchen Berichterstattung kann kommunalpolitisch eingegriffen werden und eine Benachteiligung durch den Wohnort kann abgebaut werden. *Tilo Kießling*

SOZIALES

DIE LINKE fordert Impfgerechtigkeit für Dresden

Seit über einem Jahr stellt die Corona-Pandemie unsere Gesellschaft vor enorme soziale, wirtschaftliche und finanzielle Herausforderungen. Die damit einhergehenden erheblichen Belastungen und Einschränkungen gehen für viele Menschen mit Existenzängsten und Zukunftssorgen einher. Bislang war es aufgrund der Knappheit der Impfstoffe für eine Impfung gegen Corona vielen Menschen noch nicht möglich, einen Impftermin zu erhalten. In den kommenden Monaten werden ausreichend Impfstoff-Dosen verfügbar sein, damit alle Menschen, die sich impfen lassen wollen, auch geimpft werden können.

Die Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens hängt nun wesentlich von den Fortschritten bei der laufenden Impfkampagne ab. Dabei ist es von großer Bedeutung, in der gesamten Stadt zügig eine hohe Impfquote zu erreichen. Hierfür müssen alle Menschen zeitnah ein möglichst niedrigschwelliges, unkompliziertes und nah an der Lebenswirklichkeit orientiertes Impfangebot erhalten. Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zur Herstellung von Impfgerechtigkeit und der zügigen Erreichung einer hohen Impfquote bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie eingereicht. Damit soll Oberbürgermeister Hilbert beauftragt werden, konkrete Maßnahmen, mit denen die Stadtverwaltung zur zügigen Erreichung einer hohen Impfquote gegen Corona in Dresden

Katja Kipping und André Schollbach stellen gemeinsam den Antrag zur Impfgerechtigkeit in Dresden vor.

beitragen kann, zu prüfen und einzuleiten. Konkret schlägt DIE LINKE hierfür unter anderem vor, dezentrale Impfmöglichkeiten in allen Stadtteilen (zum Beispiel in Rathäusern, Verwaltungsstellen, sozialen Einrichtungen, Jugendhäusern, Schulen und Betrieben) und darüber hinaus temporäre Impfmöglichkeiten zum Beispiel durch »Impfbusse« zu schaffen. Zudem fordert DIE LINKE eine Informationskampagne über die Impfung gegen Covid-19 in verschiedenen Sprachen.

Die Redaktion

Ob es irgendwann wieder eine Elbfähre zwischen Pieschen und dem Ostragehege geben wird?

GANZ HINTEN LINKS

Brücken in die Zukunft

Früher pendelte zwischen Pieschen und dem Ostragehege eine Fähre, in besten Zeiten sogar zwei. Freilich sind die besten Zeiten längst vorbei, 1996 wurde die letzte Verbindung wegen »Unwirtschaftlichkeit« eingestellt. Seitdem wurde die vorher wenig beachtete Fähre zum Kommunalpolitikum. Regelmäßig lassen wechselnde Parteien im Stadtrat die Wiedereinrichtung prüfen, meist mit negativem Ergebnis: die »Unwirtschaftlichkeit«. Die FDP, Partei der Wirtschaft schlechthin, war 2001 erfolgreich, der Erfolg versank jedoch im Elbhochwasser und wurde auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben, oder besser gesagt auf den Kirchentag 2011. Da fuhr nämlich zwei Wochen lang die Fähre, um anschließend wieder der »Unwirtschaftlichkeit« zum Opfer zu fallen. Nachdem zwischenzeitlich auch Grüne und LINKE ihr Glück mit Prüfaufträgen versucht hatten, war jetzt mal wieder die SPD dran. Im Ergebnis der Prüfung wurden Amphibienfahrzeuge verworfen, dafür aber Brücken in Aussicht gestellt: drei verschiedene zur Auswahl. Jede davon mit oder ohne Straßenbahn.

Natürlich frühestens in der nächsten Generation – schließlich muss zuvor noch über die Alternative eines Tunnels diskutiert werden. Nur zur Überbrückung der nächsten 15, 20 oder höchstens 30 Jahre wäre eine Fähre nun aber wirklich unwirtschaftlich. *Jens Matthis*

MARWA EL-SHERBINI

Wie viel Gedenken braucht Dresden?

Können wir mit der jährlichen Erinnerungsveranstaltung an den Mord an Marwa El-Sherbini die Demokratie stärken? In diesem Jahr gab es warnende Redebeiträge. So von Annekatrin Klepsch (Dresdner Kulturbürgermeisterin) Aiman Mazyek (Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland) und Eter Hachmann (Vorsitzende des Ausländerrates). Aber in diesem Jahr gab es auch zu viele rassistisch motivierte Straftaten in Deutschland, was höchst beunruhigt. Was geschieht in Deutschland? Ist es die Saat, die aufgeht, die auch von Pegida gesät wird? Ist es die Inkonsequenz im Handeln von Polizei und Gerichten? Ist es das Ergebnis der Verschleppung der Aufklärung der NSU-Morde? Sind es die sozialen Ungerechtigkeiten im Land? Die Dresdner Stadtverwaltung hat den Beschluss des Stadtrates, den Park vor dem Landgericht in Marwa-El-Sherbini-Park zu benennen, nach einem Jahr noch immer nicht vollständig umgesetzt! Sind das alles die Gründe dafür, dass die Gedenkveranstaltung von kaum mehr als hundert Menschen wahrgenommen wurde? Wir müssen gemeinsam die Antworten darauf finden.

Margot Gaitzsch

Gedenkfeier für Marwa El-Sherbini am Dresdner Rathaus.

ANTRAGSINITIATIVE

Stadtrat bekennt sich zu Offenheit und Toleranz

Mit einem Fonds von 50.000 Euro können bereits bestehende Vereine für ein selbstbestimmtes Leben gestärkt werden.

Vor der Sommerpause diskutierte der Stadtrat über unseren Antrag zur Vorbeugung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Initiative geht zurück auf den homofeindlichen Mord vergangen Oktober in Dresden. Eine Tat, die fassungslos macht und uns dazu bringt Maßnahmen zu fordern, die nachhaltig für Veränderungen sorgen können. Mit einer knappen Mehrheit wurde unter anderem die Einrichtung eines Fonds in Höhe von 50.000 Euro zur Förderung von Vereinen, die sich für ein selbstbestimmtes Leben einsetzen, bestätigt.

Im Gastredebeitrag des Gerede e. V. wurde deutlich, wie wichtig es ist, Radikalisierungsprozesse zu verstehen und ihnen vorzubeugen: »Wir wissen, dass eigene Diskriminierungserfahrungen Entfremdung mit der Umwelt befördern. Wir wissen, dass prekäre soziale Lebensrealitäten und belastende Familienverhältnisse, emotionale Not bedingen. Wir wissen, dass Menschen dann anderweitig nach Orientierung suchen, dass das Bedürfnis nach Anerkennung und Zugehörigkeit an anderer Stelle befriedigt werden muss. An dieser Stelle müssen wir ansetzen, um dem frühzeitig vorzubeugen und entgegen zu wirken.« *Leo Lentz*

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Jana Neveling, Susann Dietzschold, Thomas Feske

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Leo Lentz, Jens Matthis, Jana Neveling, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss
15. Juli 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Sommer/piqsels (1); Mann Computer/piqsels (2); Obdachlosigkeit/piqsels (2); Frank Grätz (2); Dresden/piqsels (3); Nachtklub/piqsels (4); Dresden Straßenbahn/piqsels (4); Tilo Wirtz (5); EM80/pixabay (5); Smartphone/piqsels (6); GeorgDerReisende/wikimedia commons (6); Rollstuhl/piqsels (6); Marco Barnebeck/pixelio (7); Jana Neveling (7); Rettungsring/piqsels (8); Lysippos/wikimedia commons (8); Zusammenhalt/piqsels (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 8000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat